

Hohenstein-Grünsthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Grünsthal, Oberlungwitz, Bersdorf

Rugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Austräger, sowie alle Postanstalten.
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:
Sachstraße 3 (nahe dem R. Amtsgericht).
Telegramm-Adresse:
Anzeiger Hohensteinernsthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpusspaltel ober deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 97.

Freitag, den 29. April 1898.

25. Jahrgang.

Bekanntmachung, Zählung der Fabrikarbeiter betreffend.

Am 2. Mai 1898 findet eine Zählung der Fabrikarbeiter statt. Den hiesigen Gewerbetreibenden werden zu diesem Zwecke am 28. und 29.

April a. c. Formulare zugestellt werden. Die Formulare sind am 2. Mai auszufüllen und zur Abholung am 4. Mai bereit zu halten.
Hohenstein-Grünsthal, am 19. April 1898.

Der Stadtrath.
Dr. Volster.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. April. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht der Nachtragset für Stellenvermehrung im Reichsamt des Innern, Erhöhung der Postdampfer-subsidien, zwei neue ständige Mitglieder des Reichsversicherungsamts, Untersuchungen zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche, eine biologische Abtheilung im Gesundheitsamt, Kiautschau zc. — Abg. Lieber (Centr.) beantragt Verweisung an die Budgetkommission, da die Einzelheiten dort besser vorberathen werden könnten. Das geltende in Bezug auf die Forderung für Kiautschau zu erwarten seien auch mehrere Angaben über den Vertrag mit China, der einstweilen nur durch die Presse bekannt gemacht worden sei. Schließlich fragt er an, weshalb nicht auch Forderungen für die Landbriefträger und Postunterbeamten im Nachtragset enthalten seien. — Staatssekretär v. Tzielmann bemerkt, es sei anzunehmen, daß die im Nachtragset nicht geforderten ca. 8 Millionen durch die Ueberhörschüsse, die für das nächste Staatjahr zu erwarten seien, würden gedeckt werden können. — Abg. Richter weist auf die neuen Vorgänge in China, besonders auf die dortige Machterweiterung Auslands hin. Wie die Dinge jetzt lägen, könnte jedenfalls der Befestigung unserer Stellung in Kiautschau nicht widersprochen werden, aber man könne nun auch möglichst von anderen Ausgabesteigerungen für koloniale Zwecke Abstand nehmen. — Abg. Baasche stellt fest, daß ein Widerspruch gegen die Forderungen des Nachtragset nicht laut geworden sei. Auch seine Freunde theilten den Wunsch nach Vorlegung möglichst eingehenden Materials über Kiautschau in der Kommission. — Abg. Liebknecht erklärt Kiautschau für werthlos. Das deutsche Volk kümmerge sich weder um Kiautschau, noch um andere koloniale Erwerbungen. Redner geht näher auf einen Fall ein, wo die Polizei Nachts einen Mann aus dem Bette geholt habe, um über seine Militärverhältnisse Auskunft zu geben. (Präsident v. Buol: Das sieht aber nicht im Zusammenhange mit der Vorlage.) Mit der Fahrt des Schiffes, auf dem sich Prinz Heinrich befindet, seien wir zum Gespött der ganzen Welt geworden. Auch unser ganzes despotisches Wesen sei im Auslande nicht hoch geschätzt, wir befandeten damit nur eine gewisse Wahlverwandtschaft mit den Chinesen selbst. (Lachen rechts.) Was lachen Sie da? Was Sie für Patriotismus halten, nennt man im Auslande Bedientenhaftigkeit. (Psuirufe rechts.) Die kleine Schweiz hat keine Flotte und ist im Ausland mehr geachtet als Deutschland. (Großes Gelächter.) In Kiel ist lediglich Cirkusreflexe gemacht worden. (Präsident v. Buol: Dieser Ausdruck ist ungehörig, und ich rufe den Redner dafür zur Ordnung.) Redner behauptet ferner, wir könnten in China ohne Erlaubniß Englands doch keinen Schritt thun. Anstatt Weltpolitik solle man lieber im Innern eine Politik treiben, die nicht wie die jetzige und wie die von 1848 unsere eigenen Leute auseinander jage. Es handle sich hier um Flottenschwindel (Rufe: Oho!), um die Aufmerksamkeit unseres Volkes von unseren inneren Zuständen abzulenken. (Präsident v. Buol bezeichnet den Ausdruck „Schwindel“ bezüglich der Politik, die der Reichstag gebilligt habe, als ungehörig.) — Staatssekretär Graf Posadowsky bewundert den Muth, mit dem Liebknecht von einer gewaltthätigen Regierung spreche, während doch gerade die Sozialdemokratie selber gewalt-

sam vorgehen würde, wenn sie erst einmal an die Regierung käme, was ja nicht eintreten werde. (Heiterkeit.) Er berufe sich auf eine Aeußerung in einem Artikel, den er vielleicht Liebknecht selber zuschreiben dürfe, da heiße es: Mit Herrn Krupp werde man sich, wenn es so weit wäre, persönlich in zwei Minuten auseinandersetzen. (Rufe links: Nun, ist das nicht gemüthlich? Stürmische Heiterkeit.) Und da behauptet Liebknecht, die Sozialdemokratie verwerfe die Gewaltthätigkeit. Die Aeußerungen Liebknecht's bestätigten wieder, die Sozialdemokraten ändern ihre Taktik, sie lernen hinzu, aber sie bleiben dabei eine revolutionäre Partei. Das mögen sich die bürgerlichen Parteien bei den Wahlen gesagt sein lassen. — Abg. Bebel sekundirt seinem Parteigenossen Liebknecht, die Sozialdemokratie strebe die Macht auf legalem Wege an. — Staatssekretär Graf Posadowsky weist nochmals hin auf den Aufsatz Liebknechts und auf die darin enthaltene Stelle über Krupp. Und das nennen Sie einen legalen Weg? (Heiterkeit.) Ich empfehle Allen, diesen Aufsatz zu lesen, dann wissen Sie, woran Sie mit der Sozialdemokratie sind. — Abg. v. Kardorff drückt seine Freude darüber aus, daß die jetzige Regierung in der Bekämpfung solcher Bestrebungen die Energie habe, wie sie früher unter Bismarck vorhanden gewesen sei. — Abg. Förster wendet sich ebenfalls gegen Liebknecht, um dessen Beschimpfung der deutschen Politik zurückzuweisen. Die Sozialdemokratie sei eine Hautkrankheit am Körper Deutschlands. — Abg. Bebel: Ich will dem Vorredner nicht in ähnlichen Ausdrücken antworten, sich will aber nur an das bekannte Urtheil erinnern, das der Vorredner selbst über seine eigene Fraktion gefällt hat. (Beifall links.) Redner wendet sich alsdann gegen v. Kardorff, dessen Arbeiterfreundlichkeit es leide, daß er bei der oberchlesischen Zinnindustrie für das Jahr 27,000 Mk. Tantième einstreiche, während die Arbeiter dieser Gesellschaft auf das Geringste bezahlet seien. — Die Vorlage wird der Budgetkommission überwiesen. — Die Vorlage, betr. Aenderung der Concursordnung wird auf Antrag Rintelen in zweiter Lesung en bloc angenommen. Es folgt zweite Lesung des von Salisch und Genossen beantragten Gesetzentwurfs, betr. das Beerdigungsverfahren und die Bestrafung wissenschaftlich falscher unbeeideter Aussagen. — Abg. Rintelen beantragt bei § 143 der Civilprozeßordnung die ausdrückliche Zulassung eines konfessionellen Zusatzes zum Eid. — Staatssekretär v. Nieberding bittet um Ablehnung des Antrags. Auch ohne solche ausdrückliche Vorschrift werde entsprechend der bestehenden Rechtslage und Rechtsprechung ein konfessioneller Zusatz zum Eide gestattet sein. Er erkläre das ausdrücklich Namens der verbündeten Regierungen als deren Auffassung. — Nach einer längeren Debatte wird die Vertagung beschlossen.

Desterreich-Ungarn.

Wien, 26. April. Ein ganz unerwartetes hochpolitisches Ereigniß ist heute Abend geschehen. Der von der Opposition gegen Badeni eingebrachten Ministerfrage ist in letzter Stunde plötzlich eine Majorität gewachsen. Mit 7 Stimmen Mehrheit wurde dem Oppositionsantrag zufolge die Ueberweisung der Anklage an eine Kommission beschlossen. Fast sicher wird jetzt der gesetzlich zu konstituierende Gerichtshof zusammentreten. Das ist ein ungeheurer Erfolg der Opposition, den noch vor einem halben Tage Niemand erwartet hätte. Ausschlaggebend war für die Abstimmung die Veröffentlichung der Zeitungs-Affäre „Reichswehr“ durch die „Zeit“, die Badeni bloßstellte. Heute wird der Sachverhalt noch

erschwert von dem Herausgeber der „Reichswehr“ der selbstzugegeben. Badeni wird nämlich nachgewiesen, daß er den mit 100,000 Gulden bemessenen Dispositionsfonds weit überschritten hat, er hat nämlich allein für die „Reichswehr“ 200,000 Gulden verwendet. Die Verantwortung wird er der heutigen Abstimmung zufolge tragen. Der Beschluß des Abgeordnetenhauses, die Anklage-Anträge gegen Badeni einem Ausschusse von 36 Mitgliedern zu überweisen, kam unerwartet und erregt großes Aufsehen. Die Majorität von acht Stimmen kam dadurch zu stande, daß die meisten Mitglieder der katholischen Volkspartei sich entfernten, während vier Tiroler Mitglieder dieser Partei unter Führung des Abgeordneten v. Zallinger für die Anklage stimmten; ebenso stimmten die meisten Italiener für die Anklage. Der einzusetzende Ausschuss hat das Recht, Vorerhebungen einzuleiten und Badeni vorzuladen und zu vernehmen. Der eigentliche Anklagebeschluß kann vom Hause erst nach erfolgter Berichterstattung des Ausschusses gefaßt werden. Zu demselben wäre eine Zweidrittel-Majorität erforderlich; erst dann könnte der Staatsgerichtshof einberufen werden.

Nach der Meldung eines Wiener Montagsblattes soll Graf Badeni geistesgestört und in einer Nervenheilanstalt an der Riviera untergebracht sein. In Lemberg werde aus der Erkantung kein Geheimniß mehr gemacht. Gleichzeitig mit dieser Nachricht wird ein schwebender Rechtsstreit bekannt, der ein eigentümliches Licht auf die unruhliche Regierungsperiode des polnischen Grafen wirft. Die österreichische Regierung ist nämlich jetzt von dem Herausgeber der deutschfeindlich-offiziösen „Reichswehr“, Herrn Davis, auf Zahlung von rückständigen Staatsunterstützung von 280,000 Gulden verklagt. Der Vertrag war das Werk des Grafen Badeni. Die Verhandlung der Klage vor dem Zivilgericht am 28. d. M. dürfte das schwachvolle System Badenis klar beleuchten, zumal durch sie auch festgestellt werden würde, daß Badeni für die frechen Angriffe der „Reichswehr“ auf Deutschland, die er durch die Wiener Abendpost verleugnen ließ, thatsächlich durchaus verantwortlich ist.

England.

London, 26. April. Den „Daily News“ wird aus Washington unter dem gestrigen Tage gemeldet: Mac Kinley glaube, Cuba könne durch die Blockade so ausgehungert werden, daß es sich ohne Beschiesung ergeben werde, und er erwartete, daß, wenn dies geschehen sei, die europäischen Mächte unter Führung Großbritanniens Spanien zwingen würden, den Verlust Cuba's anzuerkennen und den Krieg aufzugeben. In Washington sei der Eindruck im Wachsen, daß es möglicherweise keinen wirklichen Krieg geben werde, besonders, da die spanische Flotte auf der anderen Seite des Atlantischen Oceans bleiben zu sollen scheine. — Eine Drahtmeldung der „Times“ berichtet aus Hongkong, daß ungeachtet der amtlichen Ablehnungen die Aufständischen auf den Philippinen thatsächlich noch immer Streifzüge gegen die Städte auf der Insel Luzon unternehmen. Das Erscheinen amerikanischer Schiffe werde das Signal zu einem Einfall in Manila sein. Da von Seiten der Spanier nur auf einen schwachen Widerstand gerechnet werde, befürchte man große Gewaltthatigkeiten.

Spanien.

Madrid, 27. April. Nach einer Depesche des Herald wird Rußland Spanien ebenso Bestand leihen wie England ihn Amerika leihen würde. Im Falle